

Der Brunnerbrief

Sonderausgabe vom 20. September 2019

Zwischen Gemeinsamkeiten und Differenzen – die SPD von Lea Zuliani



Lea Zuliani absolviert ihr Praktikum im Büro von Karl-Heinz Brunner. Sie studiert Soziologie/Politikwissenschaft in Jena und hat diese Sonderausgabe geschrieben.

Vor dem Hintergrund der Wahl zur neuen SPD-Parteispitze hört man viele politische Zuschreibungen innerhalb der eigenen Partei. „Juso“ oder „Seeheimer“, „links“ oder „pragmatisch“. Doch was hat es damit auf sich? Fakt ist: Die Geschichte der SPD ist geprägt von unterschiedlichen politischen Schwerpunktsetzungen, inhaltlichen Auseinandersetzungen sowie Spaltungen, aber auch von Zusammenschlüssen. Ein kleiner Abriss.



Die SPD gründete sich 1875 aus dem Zusammenschluss des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sie stand erkennbar den Gewerkschaften nahe, es herrschten radikal-demokratische Strömungen und sie war ideologisch am revolutionären Marxismus ausgerichtet.

Dennoch kam es 1917 in der Weimarer Republik zur ersten Spaltung der Partei. Die SPD-Fraktion billigte Kriegskredite für den 1. Weltkrieg woraufhin die radikaleren Kräfte zusammen mit dem Spartakusbund die Unabhängige Sozialde-

mokratische Partei Deutschlands (USPD) gründeten. Zwar kam es fünf Jahre später zur erneuten Vereinigung zwischen SPD und großen Teilen der USPD, trotzdem entstand aus Spartakusbund und weiteren linksrevolutionären Gruppierungen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Das stellte die endgültige Trennung zwischen dem revolutionären und reformistischen Teil der Sozialdemokratie dar.



<https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-parteitag-godesberg.html>

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Spaltung der Arbeiterbewegung auf unterschiedliche Weise überwunden. In der Sowjetischen Besatzungszone kam es zur Zwangsvereinigung der KPD und SPD unter kommunistischer Führung, während die KPD im Westen eine Randerscheinung war, bis sie 1956 verboten wurde. Bis zum Aufkommen der Grünen war die SPD in Westdeutschland die einzige relevante Repräsentantin des linken Spektrums. Jedoch muss beachtet werden, dass die SPD sich mit dem Godesberger Programm von 1959 weitgehend vom Marxismus abwandte. Es markierte programmatisch den Wandel von einer Arbeiterpartei zur Volkspartei.

1989 wurde im Osten die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) wiedergegründet. Dennoch waren die Sozialdemokraten bei der deutschen Einheit gegenüber der Konkurrenz organisatorisch im Nachteil. CDU und FDP konnten auf die Ressourcen ihrer Blockparteien zurückgreifen, während eine Zusammenarbeit mit den SED-Nachfolgern für die SPD nicht in Frage kam. Jedoch schlossen sich die bundesdeutsche SPD und die vorhin angesprochene, wiedergegründete SDP 1990 zusammen.

www.facebook.com/Brunner.SP

www.twitter.com/brunnnerganzohr

Keine 15 Jahre später fand die bisher letzte Spaltung der SPD statt. Im Jahr 2003 wurde von Gerhard Schröder in der zweiten Rot-Grünen Koalition die Agenda 2010 vorgestellt. Dies war ein Reformpaket des deutschen Sozialsystems und Arbeitsmarktes. Diese Reformmaßnahmen zogen die Abspaltung einer Konkurrenzpartei nach sich: der WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative). Diese begründete zusammen mit der PDS, der Nachfolgerpartei der DDR-Staatspartei SED, die Partei *Die Linke*. Das trennte wieder einmal die Arbeiterschaft des linken Spektrums.

Die Geschichte der SPD ist erkennbar durchzogen mit Konflikten und Diskussionen zwischen „linken“ Traditionalisten und „reformerischen“ Pragmatikern. Dennoch findet man in der heutigen SPD keine sogenannten „Flügel“. Was man allerdings findet, sind interfraktionelle Gruppierungen in der Bundestagsfraktion: der *Seeheimer Kreis*, die *Parlamentarische Linke* sowie das *Netzwerk Berlin*. Geht es um politische Zuschreibungen, werden oft diese drei Gruppen erwähnt, auch wenn diese nicht in der SPD, sondern nur in der Fraktion repräsentiert sind.

Die Parlamentarische Linke versteht sich selbst als „Flügel linker Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion“ und wurde 1972 gegründet. Die sogenannten *PLer* bewerteten die Reformen der Agenda 2010 kritisch und mahnten Korrekturen an. Auch stehen sie für eine Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, was allerdings innerhalb der SPD heutzutage kaum umstritten ist. Ihre inhaltlichen Positionen geben sie mithilfe von Diskussionspapieren wieder und es finden regelmäßige Veranstaltungen und Konferenzen statt.

Daneben steht der Seeheimer Kreis, der sich formal 1974 gegründet hat, als „Gegenpool zu neo-marxistischen Strömungen in der Partei und im Geiste der Wahrung der SPD als regierungsfähige Volkspartei“. Die *Seeheimer* gelten als der „konservative“ Teil der SPD-Bundestagsfraktion und verstehen sich selbst als „undogmatisch und pragmatisch“. In Tradition des Godesberger Programms möchte diese Gruppe die Orientierung der SPD an der politischen Mitte sowie den Kurs einer regierungsfähigen Volkspartei erhalten. Auch richten sie regelmäßige Treffen und Veranstaltungen aus.

Das Netzwerk Berlin ist die jüngste der drei Gruppierungen und wurde 1998/99 von jungen Bundestagsabgeordneten gegründet. Die *Netzwerker* kritisieren, dass die Politik der Parlamentarischen Linken zu traditionalistisch-links und die der Seeheimer zu prinzipienlos, pragmatisch und modernistisch sei. Sie möchten dem schablonenhaften Rechts-Links-Gefüge einen progressiven Reformismus entgegenstellen. Inhaltlich treten sie mit regelmäßigen Veranstaltungen in Erscheinung.

Es möge angemerkt werden, dass die drei Gruppen zwar formal organisiert sind, jedoch alle zur SPD-Fraktion und Partei gehören und einige Abgeordnete „Doppelmitgliedschaften“ haben oder sich zu keiner dieser Gruppierung gesellen. Es geht in diesen Gruppen darum, Kontakte zu knüpfen und sich auszutauschen, vor allem zwischen erfahrenen Parlamentariern und neuen oder jungen Parlamentariern. Außerdem finden sich auf Veranstaltungen einer Gruppierung oft auch Abgeordnete wieder, die sich einer anderen Gruppe zuordnen.



Und was haben in dem Ganzen dann noch die Jusos zu tun? Die Jusos (Jungsozialist*innen) sind die Jugendorganisation

der SPD, betonen aber auch explizit ihre Rolle als innerparteilicher Richtungsverband. Dieses Bekenntnis erfolgte in der 1969 vollzogenen „Linkswende“ der Jusos, die sich ab diesem Zeitpunkt als „sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband“ innerhalb der SPD verstehen.

Die Jusos erklärten damals, dass sie nicht den „falsch verstandenen Pragmatismus“ der Bundes-SPD anstreben, die durch das Modell der Volkspartei zu Kompromissen mit den Bürgerlichen gezwungen sei. Das hindere die SPD daran, die eigentlichen Interessen der Lohnarbeiter zu vertreten.

Das führt bis heute zu Konflikten mit der Mutterpartei. Trotz alledem führen die Jusos eine sogenannte „Doppelstrategie“.

